

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich vorm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Druckerei am den Hauptbahnen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Abbestellung 1,50 Mk. jährlich 24 Mk. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in der Druckerei 1,20 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 1,50 Mk. jährlich 18 Mk. Alle Bestellungen sind zu begleitender Kasse zu machen. Bei Abbestellung ist die Zeit der Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abzugspreis: Die Kupferstern-Konkurrenz 20 Goldpfennig, die Kupferstern-Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die Kupferstern-Konkurrenz im regelmäßigen Teile 100 Goldpfennig. Nachdruckgebühren: 20 Goldpfennig. Verlags- und Druckereibesitzer: Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehme ich keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingeklagt werden muß oder der Klagengegner in Konkurs geht. Anfragen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Nr. 61. — 84. Jahrgang. — Wilsdruff-Dresden — Freitag, den 13. März 1925

Was soll nun werden?

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns in der Wiederwahl von März zum preussischen Ministerpräsidenten geschrieben:
Nun ist März wiedergewählt, aber mit derselben Mehrheit wie das letzte Mal. Aber die Situation, parlamentarisch gesehen, hat sich gegen dieses letzte Mal gar nicht geändert. Daß März nun in den nächsten Tagen wieder dasselbe Kabinett dem Landtag vorstellen und von diesem ein Vertrauensvotum verlangen wird, ist wohl kaum anzunehmen, da mit immer größerer Bestimmtheit behauptet wird, Severing werde für den Posten des Innenministers nicht mehr in Frage kommen. Aber auch der Versuch, eine weniger umstrittene Persönlichkeit der Sozialdemokratischen Partei für diesen oder einen anderen wichtigen Posten im Kabinett heranzuziehen, scheint gleichfalls an der Beurteilung einer solchen Regierung durch die Parteien der Opposition nicht das geringste zu ändern. Zwar hat März am Abstimmungstage wieder 222 Stimmen erhalten, natürlich auch die Stimmen jener Zentrumsmitglieder, die sich bei der letzten Abstimmung dem Vertrauensvotum der Opposition gegen die Kabinettsmitglieder angeschlossen. Aber diese Opposition verfiel am Dienstag wieder über 221 Stimmen, so daß März mit der Wiederholung der Annahme dieses Vertrauensvotums rechnen muß.

Was soll nun werden? Diese Frage legt man sich nun auch in Zentrumskreisen immer nachdenklicher vor. Ein Parlamentarier hat über diese Frage in der Germania, dem Berliner Zentrumsorgan, einen langen Artikel verfaßt, in dem er diese Frage allerdings auch nicht ganz präzise zu beantworten vermag. Wichtiger dabei ist freilich die in dem Artikel erfolgte Feststellung, besser besagt das Zugeständnis, daß März selbst bei Annahme eines Vertrauensvotums für sein Kabinett bzw. der Ablehnung eines Misstrauensvotums praktisch nichts erreicht habe. Denn mit einer oder zwei Stimmen Mehrheit könne März nicht regieren; das höchste, was dann erreicht würde, wäre, daß aus einer offenen Krise eine scheinbare würde. Jeden Tag könnte März geführt werden, weil sich die parteipolitischen Gegensätze ganz außerordentlich scharf zugespitzt hätten. So sehr, daß die parlamentarische Opposition, wenn sie es zahlenmäßig bezwingen könnte, ohne weiteres zur Obstruktion gegen das Kabinett März übergehen würde und damit schließlich doch den gewünschten Erfolg, nämlich den Rücktritt März, herbeiführen könnte. So war es, als vor dreieinhalb Jahren das Kabinett Seegerwald gehen mußte.

Welche Lösungsmöglichkeiten wären nun angesichts dieser zugespitzten Situation denkbar?
Die eine wäre — vielleicht — eine Auflösung des Landtages und Neuwahl. Verfassungsrechtlich ist diese aber nur denkbar, wenn das Zentrum dieser Auflösung zustimmt, weil sonst die Mehrheit nicht da ist. Der Artikel in der Germania ebenso wie überhaupt die maßgebenden Zentrumskreise sind aber unbedingt gegen eine Neuwahl; der Artikelschreiber gesteht freimütig zu, daß im Zentrum über die politische Taktik der letzten Zeit keineswegs die für einen Wahlkampf notwendige Einigkeit vorhanden sei. Und daß auch die Sozialdemokratie gegen eine solche Auflösung wäre, versteht sich gerade jetzt von selbst.

Nun schlägt jener Zentrumspolitiker als Übergangsstadium ein Beamtenkabinett vor, ein Gedanke übrigens, der auch von der Rechten schon sehr häufig zur Erwägung gestellt worden ist. Freilich kann man dann ohne weiteres den Einwand erheben, daß das Beamtenkabinett eigentlich ein — Schlagwort ist. Denn schließlich ist doch jeder Beamte, namentlich die in Frage kommenden höheren Beamten, irgendwie politisch festgelegt, da ja überhaupt bei den politischen Beamten die Frage ihrer parteipolitischen Stellungnahme auch gesetzlich eine sehr entscheidende Rolle spielt. Immerhin gibt es doch noch zahlreiche Beamte höheren Grades, die wenigstens persönlich nicht so unklümpert sind, wie das besonders bei hervorragenden Parlamentariern der Fall ist, die für einen Ministerposten in Frage kämen. Eine solche Lösung wäre also nicht von vornherein von der Hand zu weisen, zumal, wenn sie in der Absicht getroffen wird, einen Übergang zu einem späteren parlamentarischen Kabinett zu bilden, wenn sich erst einmal die Leidenschaften etwas gelegt haben, wenn vor allem die Frage der Reichspräsidentenwahl endgültig geklärt ist.

Andere Kreise im Zentrum sollen noch weitergehen. Man empfiehlt dort, wie behauptet wird, eine Lösung nach der Richtung, daß ein sogenanntes bürgerliches Kabinett mit oder ohne Einfluß der Demokraten geschaffen wird, in dem das Zentrum allerdings die wichtigsten Posten in Besitz haben soll, um einen unbedingten Einfluß auf die politische Haltung dieses Kabinetts zu haben, d. h. also es nicht nach rechts abrutschen zu lassen. Parlamentarisch wäre die Mehrheit für ein solches Kabinett da. Das wäre aber nicht dieselbe Lage wie im Reich, weil im Kabinett Luther das Zentrum nicht die Führerschaft hat, sondern nur mitverantwortlich ist in den beiden Ministern, die es gestellt hat, wodurch freilich auch wieder praktisch dem Zentrum die Möglichkeit genommen ist, sich der Unterstützung des Kabinetts Luther zu verweigern. Eine

Um die Präsidentschaft.

n. Berlin, 11. März.
Hin und her gehen die Auseinandersetzungen über die endgültigen Kandidaten für die Wahl am 29. März. Unwählich haben sich anscheinend eine Klärung der Lage an, ohne daß Überraschungen noch im letzten Augenblick ausfallen sind. Heute tagte der von dem früheren preussischen Staatsminister Loebeleit geleitete Ausschuss, der eine gemeinsame Kandidatur der bürgerlichen Parteien schaffen will. Über die heutigen Arbeiten wurde ein Bericht ausgegeben, der im wesentlichen folgendes besagt: Der Ausschuss hat heute mit Vertretern der Zentrums- und der Deutschen Demokratischen Partei über eine etwaige gemeinsame Kandidatur der im Ausschuss vertretenen Parteien und Organisationen beraten. Von den im Ausschuss vertretenen Parteien und Organisationen wurde den Vertretern des Zentrums und der Demokraten erklärt, daß der im Ausschuss vorbereitete Vorschlag einer Kandidatur Jares aufrecht erhalten werde. Sollte aber der Parteiausschuss des Zentrums, wie die Demokratische Partei es bereits getan habe, sich für eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur entscheiden und auf eine eigene Kandidatur verzichten, so solle sofort in weitere Beratungen eingetreten werden.

Mit den letzten Worten wird vermutlich die schon einmal ventilerte Kandidatur Seegerwalds angedeutet. Andererseits betont man, im Ausschuss sei als Kompromisskandidat wieder der Reichswehrminister Geßler genannt worden, während für die von den Demokraten vorgeschlagene Aufstellung des Reichspräsidentenstellvertreters Dr. Simonis rechts keine Neigung vorhanden sei. Inzwischen hat einer der rechtstehenden Verbände, der Jungdeutsche Orden, eine Proklamation gegen die geplante Kandidatur Jares erlassen und die Nominierung des Oberbefehlshabers der Reichswehr, General v. Seeckt, gefordert. Auch im sozialdemokratischen Lager erhebt sich Widerspruch gegen den Parteikandidaten Braun. Außer dem nach Berlin gekommenen Oberpräsidenten Hörning, der an der Spitze des Reichsbanners steht und sich im Auftrage der Organisation für eine Gemeinheitskandidatur der Weimarer Koalitionsparteien (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) schon im ersten Wahlgang bemüht, tritt der frühere preussische sozialdemokratische Staatsminister Hänisch lebhaft für die Vereinigung der drei Parteien auf einen Namen ein, selbst wenn er nicht der Sozialdemokratie angehöre.

Zu endgültigen Entscheidungen wird wohl erst der noch heute, spätestens morgen erwartete Beschluß des Zentrums führen, dessen Reichsausschuss mit der Aufgabe betraut ist, über die Frage der Aufrechterhaltung der Kandidatur März, für die dieser seine Zustimmung gab, sich schlüssig zu werden oder — andere Wege zu finden.

Entscheidende Frage an das Zentrum wegen Dr. Geßler.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 11. März. Wenige Minuten nach 6 Uhr ging der Ausschuss zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl (Loebel-Ausschuss) kurze Zeit auseinander. Wie die Telunion erfährt, haben sich alle bisher in diesem Ausschuss vertretenen Parteien mit der Demokratischen Partei auf eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur Dr. Geßlers geeinigt und der Zentrumsführer v. Guérard ist vom Ausschuss beauftragt worden, diese Tatsache dem zurzeit tagenden Parteiausschuss der Zentrumsmitglieder umgehend mitzuteilen und den Wunsch des Loebel-Ausschusses zu überbringen, daß auch das Zentrum die einer Kandidatur Geßler in seinen Reihen entgegenstehenden Bedenken

erste Lösung wird nun auch darin gesehen, daß man die Reichsparteien von Deutschnationalen bis Wirtschaftspartei ein Kabinett bilden läßt und diesem von Fall zu Fall die parlamentarische Unterstützung gibt oder nicht gibt, es letzteren Falles also stürzt. Erst dann sei der Zeitpunkt für eine Neuwahl gekommen.

Ob diese oder andere Lösungen nun einer Verwirklichung entgegengeführt werden, ist heute noch nicht zu sehen und hängt mehr oder weniger immer von dem Ausgang der Reichspräsidentenwahl ab.

Deutschlands vollständige Abrüstung.

Botschafter Houghton gegen die Kontrollkommission.
Der Interalliierten Kontrollkommission, die bei ihren letzten Inspektionen in Deutschland geheime Waffenlager entdeckt haben will, die nach ihrer Ansicht die Sicherheit der Entente in Gefahr bringen könnten, ist jetzt ein Widerspruch entstanden, der auch in den Ententeländern das größte Ansehen besitzt und dessen Unparteilichkeit auch jene Kreise jenseits unserer Grenzen nicht werden bezweifeln können, die in ständiger Angst vor einem deutschen Revanchekrieg leben. Es handelt sich um den bisherigen Bot-

zurückstellen und der Sammellandidatur zustimmen möchte. Insbesondere hat der Führer der Bayerischen Volkspartei Dr. Reichert Herr v. Guérard eindringlich darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, eine einheitliche Kandidatur aufzustellen. Auch alle übrigen dort vertretenen Parteien wiesen auf die schwere Verantwortung hin, die ein gegenteiliger Entschluß des Zentrums der Zentrums- und der Demokratischen Partei auferlegen würde. Man erwartet, daß der Loebel-Ausschuss um 7 Uhr erneut zusammentritt, um die sofort herbeizuführende Antwort des Zentrums entgegenzunehmen.

Vertagung der Entscheidung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 11. März. Da die Beratungen des Reichsausschusses der Zentrums- und der Demokratischen Partei über die Kandidatur Geßler um 7 Uhr abends noch nicht beendet waren, wurde vom Zentrum um Aufschub der Entscheidung gebeten. Der Loebel-Ausschuss hat daraufhin beschlossen, die endgültige Entscheidung auf Donnerstag zu vertagen.

Außenpolitische Bedenken gegen Geßler

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 12. März. Ein Berliner Morgenblatt bringt die Nachricht, daß Reichsaussenminister Dr. Stresemann Unterhändlern des Zentrums erklärt habe, daß nach seiner Überzeugung eine Präsidentschaft Geßler außenpolitisch untragbar sei, da man sie als die Proklamierung einer verhässlichen Militärdiktatur ansehen würde. Wie die Telunion hierzu von zuständiger Stelle erfährt, ist diese Nachricht unrichtig. In Wirklichkeit hat Dr. Stresemann dem Abg. Fehrendach auf seine Frage, wie es als Außenminister zu einer Kandidatur Geßler stehe, nur geantwortet, daß sie bei der bekannten Einstellung des Auslandes sicherlich Verdächtigungen ausgeht sein würde.

Die Antwort des Völkerbundes an Deutschland fertig.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Genf, 12. März. Das Antwortschreiben des Völkerbundes an Deutschland liegt nunmehr in seiner endgültigen Fassung vor. Sein Inhalt wird streng geheim gehalten. Das Schreiben trägt die Unterschrift Chamberlains als den Vorsitzenden des Völkerbundesrates. Wie aus englischen Konferenzkreisen versichert wird, ist das Schreiben in liebenswürdiger Form gehalten und unterstreicht den Wunsch der Ratsmitglieder, Deutschland im Völkerbund zu sehen. Es weist weiter auf die Bedeutung hin, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund für den Frieden der Welt haben werde. Der Rat drückt sein Bedauern darüber aus, daß Deutschland keinerlei Vorrechte bei seinem Eintritt in den Völkerbund gewährt werden können, der allein nach den Satzungen des Völkerbundes erfolgen müsse. In diesem Schreiben wird der Einräumung eines ständigen Ratsplatzes für Deutschland und dem von der Reichsregierung beanstandeten § 16 keinerlei Erwähnung getan. Gleichzeitig mit diesem offiziellen Schreiben wird der Rat einen diplomatischen Schritt in Berlin unternehmen, indem er Deutschland einen ständigen Ratsplatz bei seinem bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund zusichert. Der § 16 wird gleichfalls Gegenstand einer diplomatischen Aussprache sein.

schafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Houghton, der vor dem Antritt seines neuen Amtes in London eine Reise über den Ozean unternommen hat und bereits in New York eingetroffen ist.

In einer Unterredung mit Pressevertretern wieder Houghton in allerhöflichster Weise darauf hin, daß die angeblichen deutschen Äußerungen, wie sie die Kontrollkommission Deutschland zum Vorwurf mache, in Wirklichkeit nicht beständen. Derartige Verleumdungen erhalte man täglich zum Morgenkaffee vorgelesen. Er könne versichern, daß sie nicht zuträfen. Deutschland hätte vollkändig abgerüstet.

Daß einige Verbündete vielleicht ein paar hundert Gewehre gesammelt hätten, könne an dieser Tatsache nicht ändern. Den Tod Eberis bezeichnete Houghton als einen großen Verlust für Deutschland. Deutschland bleibe aber trotzdem Republik. Die monarchistische Frage könne vielleicht in 20 bis 30 Jahren aktuell werden, aber nicht jetzt. Außerdem pries der Botschafter den Dawes-Plan, durch den sich die Verhältnisse in Deutschland wie durch ein Wunder gebessert hätten.